

KonzernBeschäftigtenrat, Rüttenscheider Str. 27-37, 45128 Essen

Geschäftsstelle der Fraktion
Die Linke/DKP/AUF im Rat der Stadt
Frau Gabriele Giesecke
Vorsitzende
Severinstr. 1
45127 Essen

8. Juni 2009

Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl 2009

Sehr geehrte Frau Giesecke,

mit Ihrer Absicht sich bei der anstehenden Kommunalwahl 2009 zur Wahl zu stellen, haben Sie sich sicherlich schon mit der Einen oder Anderen der nachfolgend aufgeführten Fragen beschäftigt.

Damit wir, die ca. 18.000 Konzernbeschäftigten und Ihre Familien, von Überraschungen verschont bleiben, würden wir gerne ihre politischen Absichten erfahren und bitten Sie zu nachfolgenden Fragen Stellung zu nehmen.

1. Welche Garantien geben Sie den Beschäftigten unter dem Aspekt von Privatisierungen zum Thema Sicherung von Beschäftigungsverhältnissen im Konzern?
2. Wo sehen Sie die soziale Verantwortung des Konzerns im Zusammenhang mit Aus- und Weiterbildung im Themenfeld alternder Belegschaften?
3. Bekennen Sie sich zur öffentlichen Dienstleistung? Welche Bereiche der öffentlichen Daseinsfür- und Vorsorge sehen Sie auch künftig in kommunaler Trägerschaft?
4. Wie sichern Sie die zukünftige, finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommune bzw. der Stadt Essen?
5. Wie stehen Sie zu den Fragen der Mitgliedschaft im „Kommunalen Arbeitgeberverband“ und zur Tarifbindung, mindestens TVöD?

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

gerne beantworten wir die Fragen Eures Wahlprüfsteines. Zur weiteren Vertiefung des Themas empfehlen wir folgenden Link zu unserer Internetseite: [www.dkp-essen.de/](http://www.dkp-essen.de) Dort findet ihr neben unserem Kommunalwahlprogramm und den Eckpunkten für eine bürgernahe Kommunalpolitik, auch Informationen zum politischen Geschehen in der Stadt Essen.

Zu Euren Fragen:

1.

Wie vermutlich alle anderen Parteien, die angesprochen wurden, sagen auch wir, das WIR keine Garantien geben können. Im Unterschied zu den Anderen allerdings nur aus dem Grund, weil wir realistischer Weise davon ausgehen müssen, das die DKP und Bündnispartner leider keine Mehrheit im nächsten Rat zu erreichen. Es gibt unserer Meinung nach die Chance auf den Erhalt vieler, wenn nicht sogar aller Arbeitsverhältnisse bei der Kommune, wenn die Haushaltsgelder zum einen zielgenau für die Interessen der Essener Bevölkerung eingesetzt werden. Also wohnortnahe Versorgung, bessere Betreuung durch klügeren Einsatz von Verwaltung und Sozialeinrichtungen usw. Zum anderen die Einnahmeseite durch Stadt- Land- und Bundesgesetze geregelt, die Profiteure in dieser Gesellschaft nach ihren Möglichkeiten zur Kasse bitten. Stichworte wie Gewerbesteuererhöhung, Vermögenssteuer und konsequente Verfolgung von Wirtschaftskriminalität. Und zwar der gesetzlich legitimierten und selbstverständlich der echten Wirtschaftskriminalität. Wir denken, dass ein kommunales Beschäftigungsprogramm aufgelegt werden kann. Die Betriebe EBE und Gründ und Gruga sollen rekommunalisiert werden. Das sind unsere Themen, die wir im Interesse und möglichst in Zusammenarbeit mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen auch in der nächsten Ratsperiode in den Mittelpunkt unserer Tätigkeit stellen werden.

2.:

Die DGB-Forderung nach mindestens 10 % Ausbildungsquote darf nicht vom Tisch geschoben werden. Eine Stadt, und damit eine Verwaltung dieser Stadt, darf sich nicht aus der Verantwortung für die Zukunft stehlen. Wer mit Slogens wie: Kinderfreundliche Stadt in der Welt auf Besucherwerbung geht, muß ohne Umschweife dieses auch leben. Betriebe, auch Städtische, welche nicht ausbilden, müssen eine Ausbildungsabgabe bezahlen. Diese muß so hoch sein., das sich das Nichtausbilden nicht „lohnt“.

Wir sind eine alternde Gesellschaft. Daher ist es eine Frage der Lebensqualität, den „älteren“ die Chance auf eine gesunde und lange Seniorenzeit zu geben. Damit werden viele Arbeitsplätze für die jungen frei. Partnerschaftliche wie patenschaftliche Übergabe von Wissen der einen Generation an die nächste ist für uns damit inbegriffen.

Für viele Beschäftigte ist eine Weiterqualifizierung im erlernten Beruf oder eine Anschlussausbildung von hohem Wert. Diese kommen mittel und unmittelbar der Bevölkerung der Stadt wieder zu gute durch qualifizierte Verwaltung und Betreuung in den städtischen Aufgaben.

3.

Eindeutig JA!

Aufgaben wie die Kinder- und Jugendarbeit, Sozialarbeit für Familien, egal welcher sozialen Ausgangslage, sind für uns von sehr wichtiger Bedeutung. Sie sind die Klammer einer solidarischen Gesellschaft. Daher verteidigen wir, wo nötig die Beibehaltung der öffentlichen Dienstleistungen bei steigender qualitativer Ausgestaltung. In der Schlussfolgerung müssten unserer Auffassung nach die bereits ausgegliederten Bereiche, insbesondere der Kinder- und Jugendarbeit, wieder zurück in die städtischen Strukturen. Diese Aufgaben sind unseres Erachtens nicht sogenannte „freiwillige“ Aufgaben. Sie gehören zu den Pflichtaufgaben einer jeden Kommune.

4.

Auf Bundes und Landesebene machen die dort heute vertretenen Parteien eine Steuerpolitik zu Gunsten der großen Konzerne und zu Lasten der Kommunen. Den Großen Aktiengesellschaften, wie RWE und RAG, welche unser Ratsvertreter schonungslos 2008 öffentlich gemacht hatte, wurden Geschenke bei der Körperschaftssteuer gemacht. Anderen Unternehmen wurden Vergünstigungen bei der Gewerbesteuer eingeräumt. Die Folge: Die Kommunen haben zu wenig Geld für ihre Aufgaben. Die Stadt Essen hat bereits 2,7 Milliarden Euro Haushaltsschulden.

Ein Teil dieser Finanzmisere entsteht durch das ständige Abwälzen von Aufgaben durch Bund und Land auf die Kommunen und führt zu einer mangelnden finanziellen Ausstattung. SPD, Grüne, CDU, FDP und REP`s reagieren mit Schuldenaufnahme bei den Banken zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger. Die immensen täglichen Zinszahlungen belasten die Kommunen. Die Banken sind, trotz ihrer bekannten Verantwortung als Unternehmen, die großen Nutznießer der Schuldenlast. Ihnen wurde nicht nur der weitaus größte Schutzschirm durch die Bundesregierung aufgespannt. Sie bereichern sich zudem noch an den Zinsen, die unsere Städte für die Kreditaufnahmen zahlen müssen. Erforderlich ist eine grundlegende Reform der kommunalen Finanzen. Sie muss garantiert werden durch die Ergänzung des Grundgesetzes um den Passus, dass Bund und Länder alle Kommunen mit den benötigten Finanzen auszustatten haben. Es ist notwendig, dass alle Unternehmen (Kapitalgesellschaften, Personenunternehmen, Einzelunternehmen) und Selbstständige wie Rechtsanwälte, Ärzte, etc., einer kommunalen Wertschöpfungssteuer unterliegen. Die Gewerbesteuerhebesätze der Kreise und Kommunen sind bundesweit einheitlich zu regeln, damit kein Unternehmen im Falle der Erhöhung der Steuer mit Wegzug drohen kann.

Weitere finanzielle Verbesserungen für die Kommunen können erreicht werden durch:

Wiedereinführung der Vermögenssteuer

-Erhöhung der Erbschaftssteuer auf Großvermögen

-Rückkehr zum Spitzensteuersatz von 56 Prozent

-Einstellung der Zahlungen an den so genannten Solidarfond „Deutsche Einheit“, solange er nur der Subventionierung von Konzernen dient.

-Re-Kommunalisierung von privatisierten und ausgegliederten Betrieben

Das alles hat direkten Einfluss auf die Leistungen der Stadt. So sind die „freiwilligen Leistungen“ in Pflichtaufgaben zu wandeln. In unserer Stadt residiert ein Teil der größten deutschen Konzerne. Alle haben eins gemeinsam: sie zahlen, im Verhältnis zu ihren Gewinnen, so gut wie keine Steuern und nehmen dennoch gewaltigen Einfluss auf die Stadtpolitik. Damit muss Schluss sein, die Steuerlöcher für die Reichen müssen verschwinden.

Mit so genannten „Cross Border-Leasing“-Geschäften wurden die Messe Essen und das Essener Schienennetz verkauft. Die Risiken aus den Cross Border-Geschäften sind gerade nach den aktuellen Turbulenzen an den Finanzmärkten unüberschaubar. Mittlerweile haben selbst US-Gerichte diese Geschäfte verboten. Die Menschen in Essen haben aus diesen Verkäufen nur Nachteile. Ein Verkauf des Tafelsilbers ist nicht nur unnötig, er schädigt die Stadt dauerhaft. Deshalb wenden wir uns entschieden gegen den Verkauf von städtischem Eigentum. In der Vergangenheit, z. Bsp. durch die aktive Organisation und Teilnahmen an Bürgerbegehren (Allbau, Privatisierungsabsichten und Masterplan Sport) und in der Zukunft!

5.

Natürlich muss die Stadt Essen Mitglied im kommunalen Arbeitgeberverband bleiben. Ein Ausstieg würde eine eklatante Schwächung der Belegschaft durch eine weitere Durchlöcherung des Flächentarifvertrages bedeuten.

Die Eingruppierung der Beschäftigten muss nach TVöD erfolgen. Dieser sollte allerdings Arbeitnehmerorientiert interpretiert werden. So sollte z.B. die leistungsorientierte Bezahlung (LOB) nach dem Gießkannenprinzip ausgeschüttet werden und nicht nach anderen Nasenfaktoren verteilt werden.